

BLECKS BERICHT

Ausgabe 02/2021



Insektenschutzpaket bedroht Landwirtschaft

Kunststoffabgabe: Keine Steuern für die EU

Corona-Irrsinn geht weiter



KOMMENTAR UND AKTUELLES



Liebe Mitsreiter,

die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Die Bundestagswahl am 26. September 2021 wirft ihre Schatten voraus. Es ist – wieder einmal – Wahlkampf. Gesetzentwürfe, um die die Große Koalition monate- und jahrelang gerungen hat, werden noch schnell auf den Weg gebracht. Da beide Koalitionspartner miteinander unzufrieden sind und aktuelle Umfragen zur Bundestagswahl eine Mehrheit für Schwarz-Grün ergeben, möchten sich CDU/CSU und SPD den Wählern im Schlussspurt vor der Sommerpause jedoch als Einzelkämpfer präsentieren. Die Verbündeten von heute könnten bereits morgen Gegner sein.

Umso wichtiger ist für CDU/CSU und SPD die Deutungshoheit über die Frage, wer sich in der Großen Koalition gegenüber wem durchgesetzt hat. Mit dem Insektenschutzpaket hat Bundesumweltministerin Svenja Schulze vorgelegt. Dabei handelt es sich um ein grünes und

linkes Prestigeprojekt, mit dem die Sozialdemokraten die Tür zu Grün-Rot-Rot weit aufgeschlagen haben. Die Christdemokraten konnten nur Schadensbegrenzung betreiben. Die SPD hat also zulasten ihres Koalitionspartners einen Sieg errungen.

Doch die Große Koalition gerät nicht nur von innen, sondern auch von außen zunehmend unter Druck. Aktuelle Umfragen belegen, dass die Zufriedenheit der Bürger mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise sinkt. Etwa ein Drittel der Bürger ist damit unzufrieden. Obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einer dritten Welle warnt, sieht sie sich zur Lockerung des Lockdowns genötigt. Eins fürchtet die Kanzlerin offenbar mehr als angebliches Chaos in Krankenhäusern, Altenheimen, Schulen und Kindergärten: tatsächliches Chaos an den Wahlurnen.

Viele Grüße
Andreas Bleck



Insektenschutzpaket bedroht Landwirtschaft



Am 10. Februar 2021 hat die Bundesregierung auf Antrag von Bundesumweltministerin Svenja Schulze das Insektenschutzpaket beschlossen. Es beinhaltet eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und der Pflanzenschutzmittel-Anwendungsverordnung (PflSchAnwV). Bundesrat und Bundestag müssen dem Vorhaben noch zustimmen.

Bauernproteste

Die Bauern haben in den vergangenen Wochen und Monaten in vielen deutschen Städten gegen das Insektenschutzpaket demonstriert. Als Partei des ökologischen Realismus solidarisiert sich die

AfD mit den Bauernprotesten. Denn die Situation für die etwa 250.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ist auch bereits ohne das Insektenschutzpaket existenzbedrohend. Strenge Naturschutzauflagen sowie niedrige Preise für Nahrungsmittel haben viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin getrieben. Die Bundesregierung ist dafür mitverantwortlich. Mit ihren nationalen Alleingängen im Europäischen Binnenmarkt setzt sie die deutschen landwirtschaftlichen Betriebe einem Wettbewerbsnachteil aus. Auch für das Verantwortungs-Ping-Pong zwischen Bundeslandwirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium haben die Bauern kein Verständnis mehr.

Insektensterben durch Landwirtschaft?

Anlass für das Insektenschutzpaket ist das Insektensterben. Darüber gibt es in Deutschland jedoch kaum wissenschaftliche Studien. Trotzdem beschuldigen Grüne und Linke die Landwirtschaft als Hauptverursacher. Bei Windkraftanlagen, die nach einer Modellierung des Deutschen Zentrums für Luft und Raumfahrt für das Insektensterben mitverantwortlich sein sollen, schauen sie hingegen weg. Die AfD möchte Licht ins Dunkel bringen. Wir haben im Deutschen Bundestag Anträge gestellt, das Insektensterben in Deutschland wissenschaftlich zu untersuchen.

Naturschutz wird konterkariert

Die Änderung des BNatSchG sieht unter anderem vor, Streuobstwiesen und artenreiches Grünland als Biotope zu schützen. In einigen Bundesländern sind diese nach wie vor nicht geschützt. Das Problem: In Schutzgebieten ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt. Dies könnte dazu führen, dass die Bauern – solange sie noch können – in diesen

Bundesländern wegen drohender Einnahmeverlusten Streuobstwiesen oder artenreiches Grünland in Ackerflächen umbrechen werden. Damit wird der Naturschutz konterkariert.

Verbot von Glyphosat

Die PflSchAnwV sieht bis 2023 den Ausstieg aus dem Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat vor. Glyphosat ist in die Kritik geraten, da es von der Internationalen Agentur für Krebsforschung als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft wurde. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind jedoch auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln angewiesen. Wer Glyphosat verbietet, muss also Alternativen schaffen. Ansonsten drohen – bedingt durch Ernteverluste – Einnahmeverluste.

Gemeinsame Lösungen statt Verbote

Es ist nicht angemessen, mit Verboten in die Eigentumsrechte der Landwirte einzugreifen und die Ernährungssicherheit in Deutschland zu gefährden. Naturschutz braucht einen ökologischen Realis-

mus. Bauern in Deutschland gehen mit der Natur besser um, als die Bauern in den meisten Ländern der Welt. Die Behauptung von Grünen und Linken, viele landwirtschaftliche Betriebe seien am Naturschutz nicht interessiert, entspricht nicht den Tatsachen. Naturschutz lässt sich nicht gegen die Bauern realisieren. Sie sind beim Naturschutz also keine Gegner, sondern Verbündete. In einigen Bundesländern wie in Bayern und Niedersachsen konnten mit gemeinsamen Lösungen zwischen der Politik und der Landwirtschaft Erfolge beim Naturschutz erzielt werden.

Ernährungssicherheit gewährleisten

Während die Weltbevölkerung bis 2030 auf 8,5 Milliarden Menschen wachsen wird, plant die Europäische Kommission in ihrer Biodiversitätsstrategie 2030 die Reduzierung der landwirtschaftlichen Flächen und des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Weniger Ackerfläche soll also weniger intensiv bewirtschaftet werden. Dass sich der Bedarf an Nahrungsmitteln bis 2050 verdoppeln wird, scheint Brüssel nicht zu interessieren. Im Unterschied zu

den etablierten Parteien sprechen wir jedoch über den Elefanten im Raum. Entweder gewährleistet man die Ernährungssicherheit der wachsenden Weltbevölkerung oder man setzt sich für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums insbesondere in Afrika und Asien ein. Beides zu unterlassen, ist unverantwortlich.





Kunststoffabgabe: Keine Steuern für die EU

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union reißt Brüssel ein Loch von 6 Milliarden Euro jährlich in den Haushalt. Deshalb hat die Europäische Kommission mit der Einführung der Kunststoffabgabe eine neue Steuer beschlossen. In einer Zeit, in der die EU-Mitgliedsstaaten in einer schweren Krise stecken, viele Unternehmen am Rande der Insolvenz stehen und Bürger ihre Arbeitsplätze verlieren, ist dies ein falsches Signal.

Keine Zweckbindung

Die Kunststoffabgabe soll Hersteller und Verkäufer davon abhalten, Kunststoffverpackungen in Verkehr zu bringen. Sie ist jedoch nicht zweckgebunden und soll direkt in den Haushalt fließen. Für jede Tonne nichtrezyklierte Kunststoffverpackungen soll ein Betrag von 800 Euro an die EU gezahlt werden. Dabei ist die Differenz zwischen dem Gewicht der Kunststoffverpackungsabfälle insgesamt und den rezyklierten Kunststoffverpackungsabfällen ausschlaggebend.

Taschenspielertrick

Die Kunststoffabgabe soll als Eigenmittelkategorie anteilsweise die Beiträge ersetzen, die basierend auf dem Bruttonationaleinkommen der EU-Mitgliedstaaten berechnet werden. Die Bundesregierung schreibt in einem Bericht wörtlich: „Das neue Eigenmittel führt [...] zu keiner Mehrbelastung des deutschen Haushalts.“ Weiter: „Die Reduktion des Anteils an nichtrecyclierten Kunststoffverpackungen bedeutet wiederum auch keine Entlastung des Bundeshaushaltes.“ Egal, ob in Berlin, Paris, Rom oder Madrid nichtrezyklierte Kunststoffverpackungen eingespart werden oder nicht, das Geld nach Brüssel fließt so oder so.

Ungünstig für Deutschland

Zudem öffnet die Erhebung der Kunststoffabgabe mit Daten aus der Abfallstatistik von Eurostat dem Betrug Tür und Tor. Die EU-Mitgliedsstaaten erheben diese Daten nämlich unterschiedlich – die einen ehrlich, die anderen unehrlich. Allerdings ist bei der Kunststoffabgabe nicht nur der Verbrauch von Kunststoffverpackungen pro Kopf, sondern auch das Bruttonationaleinkommen pro Kopf ausschlaggebend. Bei einem geschätzten Gesamtumsatz aus allen EU-Mitgliedsstaaten von 5,9 bis 8 Milliarden Euro ergeben sich für Deutschland 1,8 bis 2 Milliarden Euro.

Blauäugige Rundumschläge

Hersteller werden früher oder später nach Lösungen suchen, um Kunststoffverpackungen einzusparsen. Doch es fehlen die Alternativen. So sind viele Verbundstoffe nicht bzw. kaum recycelbar. Auch Papier scheidet aus, da die Herstellung viel Wasser und Energie benötigt. Aus diesen Gründen schneiden Kunststoffe in vielen Ökobilanzen besser ab als ihre

Alternativen. Dies wird von der Europäischen Kommission und der Bundesregierung jedoch ignoriert. Stattdessen verstärken beide mit ihren blauäugigen Rundumschlägen gegen Kunststoffe die Hysterie bei den Bürgern – und das zulasten des Umweltschutzes.

Keine Steuern für die EU

Das wichtigste Recht eines Staates gegenüber seinen Bürgern ist die Steuererhebung. Die Europäische Union, die als Gebilde irgendwo zwischen Staatenbund und Bundesstaat anzusiedeln ist, träumt von ihrer Staatswerdung. Dabei kommt ihr die Kunststoffabgabe wie gerufen. Sie ist eine weitere Scheibe, die von der Salami der Nationalstaatlichkeit abgeschnitten wird. Die AfD kämpft jedoch für ein Europa der Nationalstaaten. Wir wollen, dass Deutschland eigenständig, frei und wohlhabend bleibt und mit den anderen europäischen Ländern auf Augenhöhe in bestimmten politischen und wirtschaftlichen Bereichen kooperiert.







Corona-Irrsinn geht weiter

Seit Dezember befindet sich Deutschland im Lockdown. Der Einzelhandel, die Gastronomie, die Hotellerie und viele andere Branchen stehen vor dem Ruin. Nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das gesellschaftliche Leben ist eingeschränkt. Dabei erweist sich der Staat teilweise als übergriffig. So kontrolliert die Polizei Kinder beim Schlittenfahren wegen der Kontaktregeln und leistet sich im Einsatzfahrzeug Verfolgungsjagden mit Maskenverweigerern. Dass die Zufriedenheit der Bürger mit den Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise sinkt, kann nicht verwundern.

Versprechen gebrochen

Im September stellte sich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bei einer Demonstration in Bottrop der Kritik der Bürger. Er versicherte, dass man Geschäfte nicht mehr schließen würde. Die Bundesregierung habe aus ihren Fehlern beim ersten Lockdown gelernt. Dies stellte sich als dreiste Lüge heraus. Drei Monate später vereinbarten Bundesregierung und Landesregierungen auf einer Ministerpräsidentenkonferenz einen zweiten Lockdown, den sie zuvor im Deutschen Bundestag mit dem Bevölkerungsschutzgesetz legitimiert hatten. Zuvor wurden in einigen Bundesländern Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise

durch Gerichte als rechtswidrig zurückgewiesen, da diese nicht durch das Infektionsschutzgesetz legitimiert waren.

Keine Lockerungen

Das Volk wartet sehnsüchtig auf Lockerungen. Die Hoffnung auf Normalität wird durch Aussagen von Politikern und staatsnahen Wissenschaftlern jedoch wiederholt getrübt. Die Regelungen, ab wann Geschäfte wieder öffnen können, werden regelmäßig verschärft. Im Dezember stand noch im Vordergrund, das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Später stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel Lockerungen bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von 50 in Aussicht, da die Kontaktverfolgung der Infizierten nur bis zu einer Inzidenz von 50 funktionieren würde. Im Februar wurde dieser Wert aus Angst vor Mutationen auf 35 gesenkt. Nun fordern Politiker und staatsnahe Wissenschaftler Lockerungen ab einer Inzidenz von 10. Frei nach dem Motto „Wer bietet mehr“ werden Grenzwerte willkürlich festgesetzt. Sind diese erreicht, wird unter einem neuen Vorwand ein härterer Grenzwert festgelegt.

Keine Strategie

Eine Strategie, die zur Normalität führt, hat die Bundesregierung bis heute nicht vorgestellt. Es wirkt so, als müsste sich jeder Bürger mit der heutigen Situation anfreunden und sein Leben daran ausrichten. Dabei hätte es nicht so weit kommen müssen. Die Bundesregierung hatte im Sommer die Chance, eine Strategie zu entwickeln, die aus der heutigen Situation hinausführen hätte können. Altenheime und Krankenhäuser, in denen Menschen aus Risikogruppen gepflegt werden, hätten besser geschützt werden können. Leider blieben diese weitgehend sich selbst überlassen. Zudem wäre es sinnvoll gewesen, vor allem kritische Infektionsherde systematisch und länderübergreifend zu analysieren. Die Beschaffung von Impfstoffen und Schnelltests läuft wegen bürokratischer Auflagen sehr langsam an. Während sich einige Länder, wie Großbritannien und Israel bereits auf die zweite Impf-Phase vorbereiten, bildet Deutschland zusammen mit weiteren EU-Mitgliedsstaaten im weltweiten Vergleich das Schlusslicht.

Zurück zur Normalität

Es hieß, dass mit Abstands- und Hygienekonzepten die Ausbreitung von SARS-CoV-II verhindert werden kann. Obwohl viele kleine und mittlere Unternehmen diese Konzepte erstellten, mussten sie schließen. Das war und ist aus medizinischen Gründen nicht nachvollziehbar. Bis heute gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass sich Personen in Geschäften, Restaurants und Hotels gehäuft infizieren. Trotzdem nehmen die Bundesregierung und Landesregierungen die Kollateralschäden, die durch den Lockdown entstanden und entstehen, leichtfertig in Kauf. Die AfD fordert hingegen, den Lockdown zu beenden und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben unter Einhaltung von Abstands- und Hygienekonzepten wieder hochzufahren. Insbesondere Altenheime und Krankenhäuser, in denen sich verwundbare Personen wie Alte und Kranke befinden, müssen besser geschützt werden.

**1 JAHR
CORONA
IRRSINN**



Planlos durch die Krise



Kurzmitteilungen

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung

Laut Berichten verschiedener Medien wollten deutsche Behörden die Auslieferung des Sängers Michael Wendler aus den Vereinigten Staaten erreichen. In einer schriftlichen Frage an die Bundesregierung wollte Bleck wissen, ob dies zutrifft. Die Antwort der Bundesregierung blieb nichtssagend, da sie auf Geheimhaltungsinteressen bei Rechtshilfeersuchen verwies.

Seehofer vereinnahmte Wissenschaft

Das Bundesinnenministerium hat Wissenschaftler beauftragt, ein Worst-Case-Szenario für die Corona-Krise zu erstellen. Ergebnis: Es könnten eine Millionen Deutsche an COVID-19 sterben. Bundesinnenminister Horst Seehofer wollte damit die Zustimmung der Bürger zu den Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise erreichen. Er steht nun wegen Vereinnahmung der Wissenschaft für die Politik unter Druck.

Gesinnungsschnüffelei beim Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, mit einer Schulung über das Thema „Extremismus im öffentlichen Dienst“ Gesinnungsschnüffelei zu betreiben. Dabei sollen Mitarbeiter unter anderem Fragen beantworten. Zum Beispiel: „Sie sind auf einer Party eingeladen. Sie bekommen mit, dass der Gastgeber fremdenfeindliche Witze macht. Wie reagieren Sie?“ Mitarbeiter des Verfassungsschutzes kritisierten diese Schulung als „Gesinnungsschnüffelei“.

Medien verlieren Vertrauen der Bürger

Die Umfrage „Trust Barometer 2021“ des Kommunikationsunternehmens Edelman ergab, dass 59 Prozent der Deutschen empfinden, dass die Medien keine gute Arbeit leisten, wenn es um objektive und neutrale Berichterstattung geht. 43 Prozent gaben sogar an, Journalisten wollten die Menschen mit Falschinformationen absichtlich in die Irre führen.

Grüne gegen Einfamilienhäuser

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Anton Hofreiter, sprach sich im Interview mit dem Spiegel gegen den Bau von Einfamilienhäusern aus. In einigen Städten, in denen die Grünen mitregieren, werden Einfamilienhäuser bereits bekämpft. So haben sich im Hamburger Bezirk Nord SPD und Grüne im Koalitionsvertrag darauf verständigt, in Bebauungsplänen keine Einfamilienhäuser mehr auszuweisen.

Immunität von Nüßlein aufgehoben

Der Bundestag hat am 25.02.2021 die Immunität des CDU-Bundestagsabgeordneten Georg Nüßlein aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft München geht im Verfahren gegen Nüßlein und weiterer Beschuldigter vom Anfangsverdacht der Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern aus. Nüßlein soll Aufträge der Bundesregierung und Landesregierung an einen Hersteller von Mund-Nasen-Schutzmasken vermittelt haben.

Online-Bürgerdialog

Gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Dr. Jan Bollinger findet jeden Mittwoch um 19:00 Uhr ein Online-Bürgerdialog statt, der auf Bollingers und Blecks Facebook-Seite gestreamt wird. Im Februar waren die rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Michael Frisch, Matthias Joa, Iris Nienland und Martin Louis sowie die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst als Gäste eingeladen.

Mit Bleck auf Heimatkunde

Die Veranstaltungsreihe „Mit Bleck auf Heimatkunde“ wird fortgeführt, sobald es die Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz ermöglicht.

Informationsfahrten nach Berlin

Die politischen Informationsfahrten des Bundespresseamts (BPA) nach Berlin bleiben ausgesetzt.

BLAMAGE DES MONATS



**„Die Menschen
lieben, was wir tun
und was wir bieten.“**

**Tom Buhrow
(Intendant des WDR)**



Impressum:

Angaben gemäß § 5 TMG

Andreas Bleck, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 22779203

Telefax: 030 227 56349

E-Mail: andreas.bleck@bundestag.de